

Was den tertiären Bildungsbereich angeht, so betonte Tung, die Regierung werde diesen auch weiterhin unterstützen, schlug aber vor, die Universitäten sollten sich spezialisieren und auf diese Weise Exzellenz erreichen. Anfang 2001 hatte die Regierung beschlossen, die Zuwendungen für die Universitäten zu kürzen, was heftige Kritik von Seiten der Hochschulen hervorrief. Die eingesparten Mittel werden dem Bildungssektor jedoch nicht entzogen, sondern in den Primar- und Sekundarschulsektor gesteckt (vgl. dazu C.a., 2001/2, Ü 42 u. 2003/11, Ü 24).

Im Sekundarschulbereich möchte Tung den Anteil der Absolventen mit Hochschulreife erhöhen. Dieser Anteil, so Tung, habe sich in den letzten Jahren von 30 auf 48 Prozent erhöht, müsse jedoch noch mehr wachsen. Bereits vor Jahren hatte Tung dafür plädiert, die Übergangsrate zur Hochschule bis 2010 auf 60 Prozent zu erhöhen (vgl. C.a., 2000/11, Ü 42).

Zur Reform des Bildungswesens insgesamt sagte der Regierungschef, er wisse, dass sie viel Unruhe verursacht habe, dennoch gebe es keine Alternative. Die Richtung stehe fest, man wolle aber behutsamer vorgehen. Die Struktur des Schulwesens soll vom bisherigen System 6+5+2+3 (6 Jahre Primarschule, 7 Jahre Sekundarschule einschließlich 2 Jahre Matrikulation, 3 Jahre Hochschule) geändert werden in 6 Jahre Primarschule, 3 Jahre untere und drei Jahre obere Sekundarschule, 4 Jahre Hochschule. Damit würde die Struktur derjenigen Festlandchinas angeglichen. Tung versprach, dass diese Änderungen durch öffentliche Konsultationen vorbereitet werden sollen und die Bevölkerung den Zeitplan der Einführung mitbestimmen könne. Die Strukturreform war bereits 1999 ins Auge gefasst worden. (Vgl. XNA, 7.1.04.) -st-

SVR Macau

30 Neue Grenzstation zur Bewältigung des Touristenstroms eröffnet

Macaus neues Grenzkontrollgebäude, das an die Gongbei-Zollstation in der Stadt Zhuhai in der Nachbarprovinz Guangdong angrenzt, wurde am 15. Januar fertig gestellt und mit einer Feier eröffnet. Das neue Gebäude hat zwei Stockwerke: der untere Teil ist für die Ankunft reserviert, der obere für die Abreise. Die Grundsteinlegung war am 28. Dezember 2001 erfolgt. Die alte, 1993 in Betrieb genommene Grenzstation soll Mitte Februar abgerissen werden. Die neue Grenzstation hat 134,8 Mio. MPtc (16,85 Mio. US\$) gekostet und ist das größte seit der Gründung der SVRM fertig gestellte Infrastrukturprojekt. Sie kann täglich 310.000 Reisende – doppelt so viele wie bisher – und 240.000 Fahrzeuge abfertigen. Die Abfertigungskapazität der alten Kontrollstation lag normalerweise bei 140.000 Personen, doch während der chinesischen Neujahrswoche kamen täglich schon 190.000 Besucher, sodass Tausende im Freien warten mussten. Die Zahl der Touristen, die über die Grenzstation zwischen Macau und Zhuhai einreisen, ist im Jahr 2003 um 21% auf 5,79 Mio. gestiegen. Das neue Gebäude soll in den nächsten zehn Jahren den erwarteten weiteren Touristenanstrom bewältigen helfen. Bei der Eröffnungszereemonie waren neben Regierungschef Edmund Ho und Macaus Minister für Transport und öffentliche Einrichtungen Ao Man Long auch der Vizegouverneur von Guangdong Tang Bingquan anwesend. Zum Grenzkontrollprojekt gehört noch der Bau eines öffentlichen Platzes und eines Bahnhofs für öffentliche Verkehrsmittel, der im Oktober abgeschlossen sein soll.

Die Reiseerleichterungen der VR China bei Einzelreisen nach Macau (und Hongkong) (Facilitated Individual Travel, FIT) seit Juli 2003 haben die Auswirkungen von SARS im Tourismusbereich mehr als wettgemacht. Mit 11,89 Mio. Touristen, ein Plus von 3,1% gegenüber 2002, konnte 2003 er-

neut ein Rekord aufgestellt werden. Nach vom Statistikamt Macaus am 15. Januar veröffentlichten Zahlen konnte letzten Dezember ein zweistelliger Zuwachs im Vergleich zum Dezember 2002 erzielt werden: Die Zahl der Touristen stieg um 14,7% auf 1,2 Mio., wobei 55,6% vom Festland kamen.

Rechtzeitig zum Chinesischen Neujahrsfest eröffnete die Macau Gaming Holding Company (Sociedade de Jogos de Macau, SJM) von Kasinokönig Stanley Ho am 21. Januar ihr 12. Kasino. Das Macau Jockey Club Casino ist im Grandview Hotel auf der Insel Taipa untergebracht. Durch das neue Kasino erhöht sich die Zahl der Spieltische der SJM auf über 450. Im Januar, einem wegen der häuslichen Aktivitäten zum Neujahrsfest eher ertragsschwachen Monat, stiegen die täglichen Einnahmen der SJM im Vergleich zum Januar 2003 um 30% auf 80 Mio. MPtc (10 Mio. US\$). In den ersten zehn Monaten 2003 beliefen sich die Einnahmen der SJM vor Abzug von Steuern auf 22,4 Mrd. MPtc (2,8 Mrd. US\$). (XNA, 15., 21.1., 2.2.04; Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 15.1.04) -ljk-

31 Kriminalstatistik 2003

Macaus Kriminalstatistik weist für das vergangene Jahr einen deutlichen Rückgang bei Schwerverbrechen auf, während leichte Straftaten zunahm. Die Zahlen wurden am 4. Februar von Sicherheitsminister Cheong Kuok Va bekannt gegeben. Brandstiftung, Drogenhandel und Kidnapping sind danach um 20%, 15,9% bzw. 33,3% gesunken. Insgesamt wurden im Jahr 2003 9.920 Straftaten registriert, 832 Fälle (ein Plus von 9,2%) mehr als 2002. Dies ist in erster Linie auf die Zunahme bei den leichten Straftaten zurückzuführen. Im letzten Jahr hat es neun Morde gegeben (2002 waren es nur drei), von denen sieben bereits aufgeklärt werden konnten. Bei Erpressung gab es 12 Fälle mehr als 2002. Die Zahl der Gewaltverbrechen stieg 2003 um 12,4%, da die Fälle von Raub um 79 zunahm. Verbrechen zum Schaden des gesellschaftlichen Lebens nahmen weiter ab: Brandstiftung um 12 Fälle auf 48, Dokumentenfälschung um 150 Fälle auf

231 und Ausweisschwindel um 34 Fälle auf 112.

54,9% der im letzten Jahr der Polizei gemeldeten Fälle waren Eigentumsdelikte; sie nahmen um 12,3% zu. Grund hierfür war der Anstieg von Raub (541 Fälle), Diebstahl (2.991 Fälle) und Wucher. Cheong Kuok Va erklärte, dass man im Jahr 2004 verstärkt gegen Raub und Diebstahl vorgehen werde. Die Kriminalitätsrate unter den Einzelreisenden vom Festland ist übrigens dem Minister zufolge „sehr niedrig“. Sie sind eher Opfer von Räubern und Dieben. Etwa 100 solcher Fälle sind seit letzten September gemeldet worden.

Macau arbeitet bei der Verbrechensbekämpfung mit Hongkong und der Nachbarprovinz Guangdong zusammen. Zweimal im Jahr treffen sich die Leiter der Stellen für Verbrechensermittlung dieser drei Regionen zum Erfahrungsaustausch. Dabei sollen Strategien gegen grenzüberschreitende Verbrechen entwickelt werden. Das bislang dritte Treffen fand am 30. Januar in Macau statt. Auf der Tagesordnung standen die Verhinderung und Bekämpfung von neuen Arten der Kriminalität, die im Gefolge der rasanten Entwicklung von Wissenschaft und Technik entstehen. An Themen wurden Benachrichtigungsmechanismen zwischen den drei Regionen und moderne Methoden der Ermittlungstechnik wie DNA-Analyse und Identifizierungssysteme anhand von Fingerabdrücken erörtert. Anfang letzten Jahres fand das erste dieser Treffen in Zhuhai statt, das zweite letzten Juli in Hongkong, und das nächste wird in Guangdong einberufen werden. Vom 12. bis 14. Februar findet dann das 7. regelmäßige Treffen der Leiter der Polizeikräfte der SVR Macau und der Provinz Guangdong in Shenzhen statt, an dem Minister Cheong Kuok Va teilnimmt. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 30.1., 4., 12.2.04; <http://safpsql.informac.gov.mo/new-asp/cjdetail.asp?inidjornal=2838> u.2845, Aufruf am 6.2.04; XNA, 5.2.04) -ljk-

Taiwan

32 Referendumsplan: Entschärfter Wortlaut stößt in den USA weiterhin auf Skepsis

Das Vorhaben von Präsident Chen Shui-bian, gemeinsam mit den Präsidentschaftswahlen am 20. März eine Volksbefragung zur militärischen Bedrohung durch China durchzuführen, hatte im Dezember weltweit für Aufsehen gesorgt und das Verhältnis zu den USA getrübt, da es Fragen der taiwanischen Souveränität tangiert und den Status quo zu verletzen droht. (Vgl. C.a., 2003/12, Ü 33) Am 16. Januar nun gab Chen den Wortlaut jener Frage bzw. Fragen bekannt, die er gemäß dem neuen Plebiszitgesetz dem Volk zur Abstimmung vorlegen will. Sie lauten gemäß offizieller deutscher Übersetzung wie folgt:

„1. Die Bevölkerung Taiwans fordert, dass die Angelegenheiten bezüglich der Taiwan-Straße durch friedliche Mittel gelöst werden. Sollte Festlandchina sich weigern, die Raketen, die es auf Taiwan gerichtet hat, abzuziehen, und offen zu erklären, dass es auf die Anwendung von Gewalt gegen uns verzichtet, wären Sie in diesem Fall der Ansicht, dass die Regierung fortgeschrittenere Raketenabwehrwaffen erwerben sollte, um die Verteidigungsfähigkeit Taiwans zu erhöhen?“

„2. Sind Sie der Ansicht, dass unsere Regierung in Verhandlungen mit Festlandchina eintreten sollte, um einen Rahmen für 'Frieden und Stabilität' zu schaffen, auf dessen Grundlage wechselseitige Aktionen zur Konsensbildung zum Wohl der Bevölkerung auf beiden Seiten stattfinden können?“ (www.roc-taiwan.de/policy/20040119/2004011901.html, Aufruf am 11.2.04; s. auch CNAT, nach BBC PF, 16.1.04)

Die Formulierung lässt erkennen, wie Chen wieder einmal zurückrudert, nachdem er erkennen musste, dass er mit einem unvorsichtigen chinapolitischen Vorstoß erheblichen Schaden anzurichten drohte. Angekündigt hatte er ein Volksvotum zur Bedrohung

durch Chinas Raketen, und zwar gemäß § 17 des neuen Referendumsgesetzes, das dem Präsidenten im Falle einer die staatliche Souveränität gefährdenden Bedrohung von außen eine Volksbefragung erlaubt – und zwar einzig in diesem Fall. Erwartet worden war daher allgemein eine (Schein-)Frage wie: „Soll China Taiwan weiterhin mit Raketen bedrohen und damit seine Souveränität gefährden oder nicht?“ Die nun vorgelegte Fassung zeigt deutlich die Spuren des Missfallens, den der Plan in Washington erregte, indem nämlich das außen- bzw. chinapolitische Anliegen zu einem inneren umgemünzt wurde, welches die Verteidigungsanstrengung des Landes betrifft. Noch deutlicher ist die Intention der Schadensbegrenzung bzw. Vermeidung bei der zweiten Frage, die unmittelbar auf die Entschärfung des militärischen Konflikts bzw. der Bedrohung durch politische Mittel zielt.

Vorausgegangen waren weitere deutliche Warnungen seitens der USA. So hatte ein Sprecher des US-Außenministeriums am 2. Januar erklärt: „Wir haben klar gesagt, dass wir gegen einseitige Maßnahmen sind, die den gegenwärtigen Status betreffen, einschließlich dem Referendum“ und: „Wir möchten der taiwanische Regierung raten, die Bedenken ernst zu nehmen.“ (FT, 4.1.04) Außenminister Eugene Chien (Jian Youxin) erklärte daraufhin, es werde keine Volksbefragung geben, wenn darüber mit den USA kein Einverständnis erzielt werden könne. (FT, 6.1.04) Die Sorge in den USA war umso größer, als Präsident Chen zuvor bereits den Plan vorgestellt hatte, Taiwan eine neue Verfassung zu geben; vor diesem Hintergrund erschien die Volksbefragung (und erscheint weiterhin) als Schritt zu einer auch formal deklarierten Souveränität. Um diesen Bedenken entgegenzutreten, beschloss die Regierung Anfang Januar zudem, Delegationen in die USA, nach Japan und nach Europa zu schicken, die den Referendumsplan erklären und Vorschläge von Meinungsführern dazu einholen sollten. (TT, 7.1.04)

Nachdem nun der Wortlaut bekannt war, zeigten sich die USA zunächst „erleichtert“, blieben aber irritiert hinsichtlich der Motive. (TT, 23.1.04) Ende Januar überwog im US-Außenministerium offenbar die Skepsis und ei-